

**Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
IM GEMEINDERAT DER
STADT LUDWIGSBURG**

ANTRAG

Antragsteller:
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

VORL.NR. 564/04

Datum:
01.12.2004

Betreff: Beschaffungswesen - Kunststoffe
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.12.2004

Antrag:

Die Stadt weist in ihren Ausschreibungen künftig darauf hin, dass Material aus Kunststoffen frei sein soll von Schwermetallen, Tributylzinn (TBT), Polychlorierten Biphenylen (PCB) und Polyvinylchlorid (PVC)

Sachverhalt/Problembeschreibung/Begründung:

Unterschriften:

R.Matschiner

Federführung:
Hochbau und Gebäudewirtschaft
Tiefbau- u. Grünflächenamt

Verteiler:
Hochbau und Gebäudewirtschaft
Tiefbau- u. Grünflächenamt
Bürgerbüro Bauen
Sachgebiet Anträge/Anfragen
Geschäftsstelle Stadtentwicklungskonzept
Haupt- und Personalamt
Beauftragter f. d. Umweltschutz
Stadtkämmerei
Büro Oberbürgermeister

Die Vorlage wird zurückgenommen.

Beratungsverlauf:

Nach ausführlicher Aussprache, aus der hervorgeht, dass der Beschluss zur Vorl.Nr. 099/97 aus dem Jahr 1997 weiterhin Geltung haben sollte zieht Frau Stadträtin Matschiner den Antrag ihrer Fraktion zurück und bittet bei dem aus 1997 beschlossenen Inhalt darum, dies noch um TBT (Tributylzinn) zu ergänzen.

BM Schmid wiederholt das damals Beschlossene „Die Stadt wird wie bisher auf die Verwendung von ersetzbaren PVC-, FCKW- und HFCKW-haltigen Materialien grundsätzlich verzichten und sich für mögliche Alternativen entscheiden, wenn die Materialeigenschaften nachweisbar gleich sind.“ Dies werde um TBT ergänzt. Das Gremium ist damit einverstanden.

BM Schmid verweist auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Vorl.Nr. 564/04.

Stadträtin Matschiner verweist auf die schriftliche Begründung im Antrag. Sie überreicht außerdem eine Anlage zum Antrag.

Herr Kuhn (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) legt die derzeitige Vorgehensweise dar.

Auch Herr Kohler (FB Tiefbau und Grünflächen) legt die derzeitige Vorgehensweise in seinem Fachbereich dar.

Stadtrat Noz verweist auf die derzeitige Kostenintensität der Materialien. Zum Thema komme ein Europarecht. Darauf könne man warten. Er verweist außerdem auf die letzte Beratung dieser Thematik. Er halte es für sinnvoll, wenn der Beschluss aus 1997 wie damals getroffen, aufrecht erhalten bliebe, wo dies kostenneutral durchführbar sei und technisch möglich sei. Er verweist in diesem Zusammenhang auch auf die Haushaltslage.

Stadtrat Glasbrenner geht auf den Antrag ein. Er bewertet die vorgeschlagenen Alternativen und geht auf deren Ökobilanz ein. Es müsse Augenmaß bewiesen werden. Das Thema müsse objektiv angegangen werden. Eine Zustimmung zum Antrag sei nicht möglich, da Dinge nachgeprüft werden sollten, die nicht nachprüfbar seien. Man solle auch den Fachleuten bei der Stadt vertrauen. Man wisse, dass diese keine „PVC-Freaks“ seien.

Stadträtin Matschiner verweist in diesem Zusammenhang auf eine nachhaltige Politik und bekräftigt, dass man mehr Wert auf die Nachhaltigkeit legen wolle. Auslöser des Antrages damals sei der Flughafenbrand Düsseldorf gewesen.

Stadtrat Juranek betont, dass die Materie kompliziert sei. Der Antrag sei jedoch so allgemein gehalten, dass eine Zustimmung möglich sein könne.

Stadtrat Noz verweist auf einen Vortrag des Brandschutzexperten damals. Der Düsseldorfer Flughafenbrand habe andere Auslöser gehabt. Er verweist auf das Protokoll von damals. Er könne dies nicht beurteilen. Er schlägt vor, auf das Europarecht zu warten.

Stadtrat Glasbrenner äußert sich verwundert über die Aussage von Stadtrat Juranek, dass er zustimmen könne.

Stadträtin Liepins erklärt, dass eine Zustimmung nur erfolgen könne, wenn der Zusatz „soweit technisch und wirtschaftlich vertretbar“ hinzu komme.

Stadträtin Matschiner erwidert, dass man dies mit der wirtschaftlichen Thematik etwas anders sehe. Man könne der Ergänzung jedoch zustimmen.

Herr Kohler erklärt, dass man stets versuche Alternativen zu verwenden, wo dies wirtschaftlich vertretbar sei. In der Ausschreibung müssten jedoch klare Regeln vorgegeben sein. Man sage jedoch zu, dort wo es wirtschaftlich und technisch möglich sei, alternative Materialien zu verwenden.

Herr Kuhn bestätigt dies.

Stadtrat Gerstenlauer erklärt, er könne das Problem nicht sehen. Man werde so nur den Antrag von 1997 erneuern. Dieser könne auch weiter Gültigkeit haben. Er komme sich vor „wie auf einer Faschingsveranstaltung“.

BM Schmid verliest den Antrag, der in der Sitzung des Bauausschusses am 27.03.1997 gefasst wurde.

Stadträtin Matschiner führt aus, dass sie ihren Antrag zurückziehe, wenn die Verwaltung so weiterverfahre.

BM Schmid stellt fest, dass die Verwaltung nun auch wieder sensibilisiert sei.

Auf Wunsch von Stadträtin Matschiner wird der Antrag von 1997 noch um TBT (Tributylzinn) ergänzt.

BM Schmid schließt die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt.